

II-8328 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4086/J

14. Jan. 1993

ANFRAGE

des Abgeordneten Voggenhuber, Freunde und Freundinnen

an den Bundeskanzler

betreffend Alternativen zu einem EG-Beitritt

Anders als etwa der Schweizer Bundesrat hat sich die österreichische Bundesregierung bereits frühzeitig auf einen EG-Beitritt als einzige Option einer österreichischen Teilnahme am europäischen Integrationsprozeß festgelegt. Bemerkungen einzelner Regierungsmitglieder ("auch ohne einen EG-Beitritt gehe die Welt nicht unter") sind wohl eher als Zugeständnis an das österreichische Nationalbewußtsein, denn als wirkliche Alternativszenarien zu werten. Die einseitige Festlegung auf einen EG-Beitritt erscheint auch dann bedenklich, wenn man - anders als der Anfragesteller - einen derartigen Beitritt befürwortet.

Erstens verschlechtert sich dadurch die österreichische Ausgangsposition bei zu erwartenden Beitrittsverhandlungen. Denn auf Seite der EG könnte der Eindruck entstehen, Österreich strebe einen Beitritt um jeden Preis an. Dementsprechend schwach wäre die österreichische Position in den Beitrittsverhandlungen.

Zweitens ist der Beitrittsvertrag einer Volksabstimmung zu unterziehen. Es kann dabei wohl auch aus Sicht der Bundesregierung nicht ausgeschlossen werden, daß die Österreicher und Österreicherinnen den ausgehandelten Vertrag verwerfen. In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

1. Welche Alternativszenarien erarbeitet die österreichische Bundesregierung für den Fall, daß es zu keinem österreichischen EG-Beitritt kommt?
2. Welche alternativen Politiken verfolgen Sie für den Fall, daß es zu keinem EG-Beitritt kommt?
3. Welche Vorkehrungen treffen sie für den Fall, daß die österreichische Bevölkerung in einer Volksabstimmung den EG-Beitritt ablehnt?